

**NIEDERSCHRIFT**  
**über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Karlsbad am 25. November 2009 im Bürgersaal des Neuen Rathauses in Karlsbad-Langensteinbach**



Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 22:55 Uhr

Verhandelt:

Karlsbad, 25. November 2009

**Bürgermeister:**

**Rudi Knodel**

**Anwesende:**

**Gemeinderäte**

Amann Manfred  
 Badewien-Oehler Dorothea  
 Becker Otto  
 Bodemer Rolf  
 Christmann Heike  
 Dummler Reinhard  
 Günther Heike  
 Haas Reinhard entschuldigt  
 Haller Helmut  
 Herrmann Jürgen  
 Höger Günther entschuldigt  
 Höger Otto  
 Hoffer Walter

Karcher Joachim  
 Kiesinger Peter  
 Metz Günter  
 Müller Willibald  
 Nürnberg Cornelia  
 Rädle Roland  
 Rohrer Uwe  
 Dr. Rupp Martin  
 Schlifkowitz Hielta  
 Schmidt Michael  
 Steigerwald Klaus  
 Vollmer Susanna  
 Welte Michael

**Gäste:** Herr Leuze – Ingenieurbüro  
Leuze (Top 3), Frau Martin Hauptschule  
(Top 4), Volker Boden (Top 10)

**Ortsvorsteher:** Helmut Kunz

**Schriftführer:**

Hans-Dieter Stößer

**Verwaltung:**

Roland Tibi  
 Joachim Guthmann  
 Simone Kruthoff

Dr. Klaus Rösch  
 Hans-Dieter Stößer

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass durch Ladung vom 20.11.2009 ordnungsgemäß eingeladen worden ist, die öffentliche Tagesordnung im Mitteilungsblatt am 19. November erschienen und das Kollegium beschlussfähig ist weil 25 Gemeinderäte einschließlich Vorsitzender anwesend sind.

**Als Urkundspersonen werden ernannt:**

Gemeinderäte Rädle Roland, Herrmann Jürgen, Steigerwald Klaus, Rohrer Uwe



## **Zu 1. Bekanntgaben**

Der Vorsitzende informiert, dass das Regierungspräsidium den Planungsauftrag für den Autobahnzubringer L 623 erteilt hat.

## **Zu 2. Fragen der Gemeinderäte**

GR Michael Welte (CDU) kritisiert, dass in der Goethestraße chaotische Verkehrsverhältnisse bei der Zufahrt zum Schulzentrum herrschten. Hauptamtsleiter Roland Tibi sagt, dass es momentan keine andere Möglichkeit zum generellen Ändern der Situation gebe. Man prüfe, ob eventuell punktuelle Lösungen möglich sind.

Welte äußert sich auch kritisch zu unterschiedlichen Geschwindigkeitsregelungen in der Wilferdinger Straße und den Messstandorten bei dortigen Geschwindigkeitskontrollen. Hauptamtsleiter Roland Tibi sagt, dass mit einem mobilen Messfahrzeug verschiedenste Standorte unter dem Gesichtspunkt der Verkehrserziehung und Verkehrslenkung überprüft werden. Im Hinblick auf eine einheitliche Geschwindigkeitsregelung sagt GR Roland Rädle (CDU) dass manche Autos relativ schnell fahren würden und man das bestehende Wohngebiet berücksichtigen müsse. Die Verkehrsbehörde und das Ordnungsamt seien seit längerem daran, hier nach Lösungen zu suchen.

GR Walter Hoffer (SPD) erfährt auf Nachfrage von Joachim Guthmann, dass das Sondergebiet in der Erweiterung des Gewerbegebietes Stöckmädele von der Firma SITA in Anspruch genommen werden kann. Die Firma solle abschließbare Behälter verwenden.

## **Zu 3. Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe der Durchpressungsarbeiten für Kanalleitungen beim Ausbau der BAB A 8 im Bereich Karlsbad-Mutschelbach**

### **Vorl. G 09/46**

Herr Leuze hält einen kurzen Sachvortrag und erläutert die Vorteile des Nebenangebotes – die Fertigteilkonstruktion verkürze die Bauzeit und reduziere die Kosten.

GR Rolf Bodemer (Freie Wähler) befürchtet, dass der Verkehrsfluss im Winter bei Eis und Schnee in der Lindenstraße wegen Behinderungen durch die Baustelle zum Erliegen kommt. Herr Leuze meint, dass trotzdem ein Fortkommen möglich sei. Die Baustelle müsse bis Ende Juni 2010 fertig sein. Daher müssten die Arbeiten demnächst beginnen.

Man könne, so erläuterte Leuze auf Nachfrage von GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler) weiter, nach derzeitigem Stand voraussichtlich mit 435.000 Euro Ablösebetrag rechnen.

Der Vorsitzende bittet den Gemeinderat, zu beschließen, den Auftrag für die Durchpressungsarbeiten zur Verlegung der SW/RW-Kanäle (Los 2) an der BAB A 8, an die Firma PPR Peter, Reutlingen, zu einen Angebotspreis von 743.165,00 Euro (brutto) zu vergeben.

Der Gemeinderat beschließt dies mit 25 Jastimmen, ohne Gegenstimmen und Enthaltungen.



**Zu 4. Interkommunale Zusammenarbeit  
Beratung und Beschlussfassung über die Werkrealschule Karlsbad-Waldbronn  
Vorl. G 09/47**

Der Vorsitzende hält Sachvortrag und erläutert, dass sich die erste Überlegung, die Hauptschule mit der Realschule zusammenzulegen wegen unterschiedlicher Lehrpläne als nicht realisierbar herausgestellt hätte. Die Zeitplanung für die Entscheidungen in den Gemeinden sei vom Land überhaupt extrem eng geschnitten worden. Bis 8. Dezember müssten die Vorschläge bei der Schulbehörde vorliegen.

Hauptamtsleiter Roland Tibi erläutert die mit der Verwaltung in Waldbronn erarbeitete Beschlussvorlage. Aufgrund der zurückgehenden Schülerzahlen werden die Hauptschulen in beiden Gemeinden zukünftig einzügig sein. Die neue Werkrealschule braucht eine Zweizügigkeit. Verschiedene Modelle habe man bereits gemeinsam mit Mandatsträgern beider Gemeinden diskutiert. Einig sei man sich dabei nicht geworden. Zwei Modellvarianten stehen zur Wahl: Variante A (Kompaktlösung): Alle Klassen von fünf bis zehn der Werkrealschule werden an einem Standort entweder am Karlsbader Schulzentrum oder an der Albert-Schweizer-Schule in Reichenbach beschult. In der Variante B (Kombilösung) könnten die Klassen fünf bis sieben in Karlsbad oder Waldbronn und die Klassen acht bis zehn umgekehrt in Waldbronn oder Karlsbad unterrichtet werden. Seine Auffassung, dass bei Ablehnung der Kompaktlösung durch die Gemeinde Waldbronn für Karlsbad alleine ein Antrag gestellt werden soll, wird von den Gemeinderäten bestätigt.

Der Gemeinderat bezieht quer durch die Bank deutlich Stellung für die Kompaktlösung mit dem Standort beim Karlsbader Schulzentrum.

GR Roland Rädle (CDU) macht deutlich, dass Kompromisse nur sinnvoll seien, wenn sie auch der Sache dienen. Die Trennung des Lehrerkollegiums wie auch der Schülerschaft seien nachteilig.

GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler) macht für die Fraktion ebenfalls klar, dass die Karlsbader Lösung auch in pädagogischer Hinsicht die beste Variante sei. Verärgert zeigt er sich über das Land, das nicht fair mit den Kommunen umgehe.

GR Walter Hoffer (SPD) ist der gleichen Meinung und hebt hervor, dass es um die Interessen der Schüler für die beste Lösung gehe. Ein Schulwechsel nach drei Jahren sollte vermieden werden. In der zehnten Klasse komme an zwei Tagen wöchentlich ohnehin noch der Besuch einer Berufsfachschule in Ettlingen oder Karlsruhe hinzu. GR Uwe Rohrer (Bündnis 90/Grüne) sieht die Argumente für eine Lösung in Waldbronn als nicht so stichhaltig an, die Vorteile der Karlsbader Lösung überwiegen. Frau Martin erläutert, dass aufgrund der Schülerzahlen die Chance besteht, eine Zweizügigkeit für eine Werkrealschule in Karlsbad eventuell ohne Waldbronn erreichen zu können.

Der Vorsitzende sagt, dass er die Auffassung der Fraktionen teilt und erläutert, dass er als Kompromissvorschlag das Modell B 2 zur Beschlussfassung anstellen wird.

Er bittet den Gemeinderat zu beschließen:

Die Gemeinde stellt einen Antrag für eine Werkrealschule mit Stammsitz in Karlsbad in Kooperation mit der Gemeinde Waldbronn. Der Gemeinderat beschließt dies mit 25 Jastimmen, ohne Gegenstimmen und Enthaltungen.

Er bittet den Gemeinderat weiter zu beschließen:

Die Gemeinde Karlsbad stellt im Falle der nicht möglichen Kooperation mit der Gemeinde Waldbronn einen Antrag für eine eigene Werkrealschule. Der Gemeinderat beschließt dies mit 25 Jastimmen, ohne Gegenstimmen und Enthaltungen.



Als Alternative bittet er den Gemeinderat zu beschließen:

Der Gemeinderat beschließt im Falle der Ablehnung der Kompaktlösung durch Waldbronn, dass als Kompromissmodell beantragt werden soll, die Klassen fünf bis sieben in Waldbronn und die Klassen acht bis 10 der künftigen Werkrealschulen in Karlsbad zu beschulen. Der Gemeinderat lehnt diesen Vorschlag mit 24 Neinstimmen und 1 Jastimme ab.

### **Zu 5. Beratung und Beschlussfassung über den 2. Nachtragshaushalt 2009 der Gemeinde Karlsbad Vorl. G 09/48**

Rechnungsamtsleiterin Simone Kruthoff erläutert, dass die Ansätze bei der Gewerbesteuer (jetzt Ansatz von 900.000 Euro) und Einkommensteuer (jetzt Ansatz von rund 7.000.000 Euro) weiter zurückgegangen seien und man mit einem Nachtragshaushalt habe reagieren müssen. Das Volumen des Verwaltungshaushaltes bleibt mit 43,3 Millionen gleich. Der Vermögenshaushalt erhöht sich um eine Million Euro auf 20.695.740 Euro. Im Vermögenshaushalt fließen die Grundstückserlöse bei Gebäuden und Grundstücken nicht in der geplanten Höhe. Diese Ansätze müssen von 700.000 Euro bei gemeindeeigenen Gebäuden auf 100.000 Euro und bei den Grundstücken von 2,27 Millionen um 1,40 Millionen auf 877.000 Euro reduziert werden. Unter Berücksichtigung der erhöhten Zuführung an den Verwaltungshaushalt entsteht im Vermögenshaushalt ein Defizit von drei Millionen Euro, das über eine Kreditaufnahme ausgeglichen wird. Die Kassenkreditermächtigung wird von 2,5 Millionen Euro auf 8 Millionen Euro erhöht um den steigenden Liquiditätsbedarf abzudecken und ausreichend Flexibilität zu haben.

Der Vorsitzende betont, dass man bisher die Schulden abbauen und gleichzeitig investieren konnte. Die jetzt steigende Gesamtverschuldung von 540 auf 730 Euro pro Einwohner sei nicht erfreulich, aber noch verantwortbar.

Er bittet den Gemeinderat über folgenden Beschlussvorschlag abzustimmen:

Der Gemeinderat beschließt die 2. Nachtragssatzung mit 2. Nachtragshaushaltsplan 2009 wie der Vorlage G 09/48 beigefügt.

Der Gemeinderat beschließt dies mit 25 Jastimmen, ohne Gegenstimmen und Enthaltungen.

### **Zu 6. Beratung und Beschlussfassung über die Neukalkulation und Neufassung der Bestatungsgebühren ab dem 01.01.2010 Vorl. G. 09/49**

Rechnungsamtsleiterin Simone Kruthoff hält Sachvortrag und weist auf die Infrastruktur der Ortsteilfriedhöfe hin. Diese schlage vor allem bei den Kosten durch. Man habe mehrere Varianten für unterschiedliche Gebührengestaltungen erarbeitet.

Für die Fraktion der CDU sagt Roland Rädle, dass es durch das Verschieben der Erhöhung schon größere Lücken gebe. Man wolle eine moderate Erhöhung mit strukturellen Änderungen koppeln. Er spricht sich für die vierte Variante zur Gebührenerhöhung – mit einer Begrenzung bei bestimmten Positionen – aus.

GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler) meint, dass man sich grundsätzlich mit den Gebühren auseinander setzen wolle, mit den momentan vorliegenden Kalkulationsgrundlagen dies aber nicht könne. Für die Diskussion benötige man ein verbessertes Modell mit neuen Parametern in dem die strukturellen Defizite dargestellt werden. Der Einsatz des Technischen Außendienstes solle transparent gemacht werden. Das



Grundproblem sei, dass man im Urnenbereich zu billig sei. Generell könnten die Kosten nicht nur wie bisher nach der in Anspruch genommenen Fläche umgelegt werden. Wenn man die Gebühren erhöhe, dann beantrage er, so rasch als möglich nach den Haushaltsberatungen die neuen Grundsätze zu behandeln.

Simone Kruthoff erläutert, dass aus personellen Gründen zwar nicht kurzfristig ein neues Modell erarbeitet werden könne, dies aber für die nächste Gebührenkalkulation vorgesehen werde.

GR Klaus Steigerwald (SPD) sagt, dass man sich von einer neuen Aufteilung mehr Transparenz erhofft. Die Unterhaltungs- und Verwaltungskosten seien zu hoch. Er signalisiert, dass man sich für eine Gebührenerhöhung entscheiden könne.

GR Uwe Rohrer (Bündnis 90/Grüne) bestätigt die Einschätzung von Steigerwald und weist auf die besondere Situation durch sechs Friedhöfe hin. Auch er sieht die Möglichkeit einer Gebührenerhöhung in einer bestimmten Variante.

Simone Kruthoff informiert, dass 2008 die Verwaltungskosten insbesondere durch die Bearbeitung von Widersprüchen stark gestiegen seien. Im Vergleich zu anderen Gemeinden sei bei den Friedhöfen sehr viel Kapital gebunden. GR Dr. Martin Rupp (CDU) weist auf die strukturellen „Kostenentreiber“ hin. Garten- und Umweltamtsleiter Dr. Klaus Rösch stellt zusätzliche Datengrundlagen in Aussicht. Es gebe einen starken Trend zu Aschenbestattungen.

GR Günter Metz (Freie Wähler) empfindet die Leichenhallengebühren als generell zu hoch. Er moniert, dass für gleiche Gebühren auch gleiche Standards gelten müssten und dass die Gemeinde auch die Pflege der Grabeinfassungen gewährleisten müsse. GR Willibald Müller (Freie Wähler) meint, dass es nicht richtig sei, bestimmte Bestattungen stärker zu subventionieren als andere. Die Pflege müsse sich gründlich ändern und Urnengräber sollten beispielsweise einen höheren Anteil an den Pflegekosten tragen.

GR Rolf Bodemer (Freie Wähler) kritisiert, dass die Nachvollziehbarkeit bei den Gebührenerhöhungen fehle, da die Grundlagen nicht klar seien. Er empfiehlt, sich mit der Friedhofs- und Gebührenstruktur der Gemeinde Kraichtal näher zu beschäftigen.

Der Vorsitzende sagt, dass es dringend erforderlich sei, die Gebühren zu erhöhen. Die Standards in den Friedhöfen seien im Wesentlichen gleich.

Die Gemeinderäte machen sich die Kalkulation zu eigen und beschließen danach die Änderung der Gebührensätze:

Der Vorsitzende lässt über die Variante 4 unter Berücksichtigung der Änderungsvorschläge von GR Roland Rädle (CDU) abstimmen:

Der Gemeinderat beschließt die Gebührenerhöhung gemäß Variante 4 mit einer Begrenzung der Erhöhung der Benutzungsgebühr bei den Positionen Leichenhalle auf 430 Euro, Reihengrabgebühr auf 900 Euro.

Der Gemeinderat beschließt die mit 15 Jastimmen, 9 Gegenstimmen und 1 Enthaltung.

Der Vorsitzende sagt auf Antrag von GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler) zu, die neuen Grundsätze für die Gebührenkalkulation so rasch als möglich nach den Haushaltsberatungen zu behandeln.

### **Zu 6.1 Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie Beratung und Beschlussfassung über die Änderung der Friedhofssatzung der Gemeinde Karlsbad im Zuge der Normenprüfung Vorl. G 09/50**

GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler) spricht sich gegen den Beschlussvorschlag aus. Hier gehe es um Einschränkungen für deutsche Handwerker.

Der Vorsitzende bittet darum, die Änderung der Friedhofssatzung in der vorgelegten Form zu beschließen.



Der Gemeinderat lehnt dies mit 11 Neinstimmen, 9 Jastimmen und 5 Enthaltungen ab. Der Vorsitzende behält sich vor, aus rechtlichen Gründen gegen den Beschluss Widerspruch einzulegen.

### **Zu 7. Feuerwehrangelegenheiten**

#### **Zustimmung zur Wahl des Kommandanten der Feuerwehr Karlsbad sowie des 1. und 2. Stellvertreters**

##### **Vorl. G 09/51**

Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht, der Gemeinderat ist mit einer kompakten Abstimmung einverstanden.

Der Vorsitzende bittet den Gemeinderat, der Wahl von Herrn Schwan zum Kommandanten der Feuerwehr Karlsbad, Herrn Roßwag zum 1. Stellvertreter des Kommandanten und Herrn Kleiner zum 2. Stellvertreter des Kommandanten zuzustimmen.

Der Gemeinderat stimmt der Wahl mit 25 Jastimmen, ohne Gegenstimmen und Enthaltungen zu.

### **Zu 8. Interkommunale Zusammenarbeit**

#### **Beratung und Beschlussfassung über die Kooperation im Bereich Freibad mit den Gemeinden Remchingen und Waldbronn für das Jahr 2010 und Anpassung der Badegebühren ab Badesaison 2010**

##### **Vorl. G 09/52**

Rechnungsamtsleiterin Simone Kruthoff hält Sachvortrag. Sie erläutert dabei, dass man durch die Angleichung des Preisniveaus mit circa 6.500 Euro Mehreinnahmen rechnen kann. Waldbronn senke seine Preise auf ein einheitliches Niveau. Im Jahr 2010 sollen die Öffnungszeiten zunächst gleich bleiben. Für 2011 sollen Überlegungen für das wechselseitige Schließen eines Bades an einem Vormittag modellhaft entwickelt werden.

Der Vorsitzende sagt, dass durch die Kooperation auch Einsparungen möglich seien. GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler) sieht den wesentlich geringeren Kostendeckungsgrad des Freibades gegenüber den Friedhöfen kritisch.

GRin Susanna Vollmer (Bündnis 90/Grüne) erkundigt sich nach Ermäßigungsmöglichkeiten für Schüler und Studenten. GR Rolf Bodemer (Freie Wähler) fragt nach der Schwerbehindertenermäßigung. GR Joachim Karcher (Freie Wähler) will die Einspareffekte kritisch durchleuchtet sehen. Der Vorsitzende rechnet bei einer Vormittagsschließung des Bades an einem Tag in der Woche vor allem mit Arbeitszeiteinsparungen.

Der Vorsitzende bittet den Gemeinderat, folgenden Beschlussvorschlag zu fassen:

Der Gemeinderat spricht sich für die Ausdehnung der Kooperation der Freibäder Karlsbad und Remchingen auf das Freibad in Waldbronn aus.

Der Gemeinderat beschließt dies mit 24 Jastimmen und 1 Enthaltung.

Der Vorsitzende bittet den Gemeinderat weiter, zu den Eintrittspreisen 2010 eine Absichtserklärung zu verabschieden die unter dem Vorbehalt steht, dass mit der Gemeinde Waldbronn Übereinstimmung erzielt werden kann. Die Rechnungsamtsleiterin erläutert dazu, dass Remchingen die Preiserhöhungen schon beschlossen hat. Der Gemeinderat beschließt dies mit 23 Jastimmen, 1 Neinstimme und 1 Enthaltung.



**Zu 9. Beratung und Beschlussfassung über die neue Haus- und Badeordnung für das Freibad Karlsbad-Langensteinbach  
Vorl. G 09/53**

Bei der Diskussion über die neue Haus- und Badeordnung wird der Passus, dass bei ungünstiger Witterung das Bad vorzeitig geschlossen werden kann, zum Teil kritisch gesehen. Rechnungsamtsleiterin Simone Kruthoff sagt, dass man die Regelung auf Extremfälle beschränkt werde.

GR Joachim Karcher (Freie Wähler) spricht sich dafür aus, dass Schwimmbadbesucher mit einer Tageskarte das Bad verlassen und wieder hereinkommen können. Rechnungsamtsleiterin Simone Kruthoff informiert, dass die Tageskarte auch in der Vergangenheit eine Einzelkarte gewesen sei. Diese sollte jetzt auch durch die Bezeichnung zum Ausdruck kommen.

Der Vorsitzende bittet den Gemeinderat, die neue Haus- und Badeordnung für das Freibad Langensteinbach zu beschließen. Die Regelung II 3. soll auf Extremfälle beschränkt werden. Der Gemeinderat beschließt dies mit 20 Jastimmen, 3 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen.

**Zu 10. Beratung und Beschlussfassung über die Alternativgestaltung der abzubrechenden Mauerscheibe auf dem Marktplatz Karlsbad-Langensteinbach  
Vorl. G 09/54**

Volker Boden hält Sachvortrag und stellt zwei Gestaltungsvorschläge vor.

Im Zusammenhang mit dem Beschluss zum Absägen der Mauer wurde Boden hierfür in der Gemeinderatssitzung am 30. September beauftragt. Dies stellt der Vorsitzende klar, nachdem verschiedene Gemeinderäte anderer Auffassung waren. Der Gestaltungsvorschlag der seitens des Ortschaftsrates Langensteinbach akzeptiert wurde beinhaltet, dass die Mauerscheibe bis auf ein Teilstück (Höhe 1,40 m, Länge 1,20 Meter im nordwestlichen Bereich) belagsbündig reduziert wird. Als spielerisches Element dient eine Verkleidung aus Kambala-Holz, das bereits bei der Sitzbank verwendet wurde. Die halbovale Pflanzfläche besteht aus einer streng geometrisch geschnittenen Eibenhecke die mit einer Wuchshöhe von etwa 1,40 Meter direkt an das hölzerne Gestaltungselement anschließt. Die Kosten für die gesamte Maßnahme belaufen sich auf 10.000 Euro.

GR Roland Rädle (CDU) stört sich an dem restlichen bestehenden Mauersockel. Es sei, so erläutert Boden, ersatzweise möglich, eine Stahlkonstruktion als Halteelement für das Kambala-Holz einzubauen. Dies verursache Mehrkosten von circa 800 Euro. Der Vorsitzende sagt, dass es noch einen Antrag vom Jugendgemeinderat gebe, die abzusägende Mauer am künftigen Jugendhausstandort zu lagern.

Grin Hielta Schlikowitz (Freie Wähler) sieht die hierbei entstehenden Kosten kritisch.

GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler) signalisiert im Hinblick auf die Gesamtkosten der vorgestellten Variante von Boden Ablehnung.

GR Martin Rupp (CDU) schlägt vor, bei der Pflanzenauswahl Geld einzusparen.

GR Klaus Steigerwald (SPD) will vor weiteren Entscheidungen die Gesamtabrechnung der Maßnahme abwarten.

GR Günter Metz (Freie Wähler) spricht sich ebenfalls gegen die vorgestellte Variante aus.

GR Joachim Karcher (Freie Wähler) sagt, dass das Absägen dem Bürgerbegehren entspreche und die Mauerscheibe komplett zu entfernen sei. Beschlossen sei, dass weiter eine räumliche Trennung gewährleistet sein sollte.

Der Vorsitzende meint, dass ja bereits beschlossen sei, die Mauer komplett abzusägen. Er bittet den Gemeinderat, über die anschließende Gestaltung in Form einer



abgespeckten Bepflanzungsversion (halbe Anzahl an Pflanzen und kleinere Dimension) abzustimmen. Der Gemeinderat lehnt dies mit 11 Neinstimmen, 6 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen ab.

Der Vorsitzende sagt, dass nach Ausschreibung der Arbeiten die Mauerscheibe demnächst abgesägt und die vorhandene Bepflanzung bis auf weiteres stehen bleibt.

### **Zu 11. Genehmigung von Protokollen**

Es ist kein Protokoll zu genehmigen.

### **Zu 12. Verschiedenes**

GR Otto Becker (CDU) bittet darum, die Mauer so schnell als möglich abzusägen – möglichst vor dem Weihnachtsmarkt.

### **Zu 13. Fragen der Zuhörer**

Ein Zuhörer erkundigt sich nach den geänderten Bad- und Friedhofsgebühren. Rechnungsamtsleiterin Simone Kruthoff erteilt hierzu Auskunft.

Die anschließend vorgesehene nichtöffentliche Sitzung wird vertagt.



---

Bürgermeister Rudi Knodel

---

Gemeinderat Roland Rädle

---

Gemeinderat Jürgen Herrmann

---

Gemeinderat Klaus Steigerwald

---

Gemeinderat Uwe Rohrer

---

Protokollführer Hans-Dieter Stößer